# KT-Drucks. Nr. 050/2024

Landratsamt Böblingen, Postfach 1640, 71006 Böblingen

**Der Landrat**

**Dezernent**
Thomas Wagner
Telefon 07031-663 1589
Telefax 07031-663 1589
t.wagner@lrabb.de

**Az:**
16.02.2024

**Sicherstellung der ambulanten ärztlichen Versorgung im Landkreis - Erarbeitung einer Versorgungsanalyse**

**I. Vorlage** an den

| | |
|---|---|
| Sozial- und Gesundheitsausschuss<br>zur Vorberatung | 04.03.2024<br>**öffentlich** |
| Verwaltungs- und Finanzausschuss<br>zur Beschlussfassung | 12.03.2024<br>**öffentlich** |

**II. Beschlussantrag**

1. Die Verwaltung wird beauftragt, ein strategisches Handlungskonzept zur Verbesserung der (haus-)ärztlichen Versorgung im Landkreis Böblingen zu entwickeln.

2. Die Verwaltung wird darum gebeten, Daten bei den 26 Städten und Gemeinden als Grundlage zu erheben.

3. Die Verwaltung wird beauftragt, einen externen Dienstleister zur Erstellung des Versorgungskonzepts zu beauftragen. Die Zuschlagserteilung an den wirtschaftlichsten Bieter wird zu einem Höchstbetrag von 150.000 Euro freigegeben.

4. Der Sperrvermerk im Kreishaushalt wird aufgehoben.

**Der Sozial- und Gesundheitsausschuss hat das Thema in seiner Sitzung am 04.03.2024 beraten und empfiehlt dem Verwaltungs- und Finanzausschuss den geänderten Beschussantrag.**

## III. Begründung

Eine umfassende und gute Gesundheitsversorgung ist von entscheidender Bedeutung für die Lebensqualität der Bevölkerung im Landkreis und muss deshalb so aufgestellt werden, dass sie zukunftsfähig und dauerhaft gesichert ist. Dies ist - angesichts der dynamischen Veränderungen im Gesundheitswesen - eine der größten Herausforderungen, derer sich der Landkreis stellen muss. Wichtige Einflussfaktoren in diesem Kontext sind z.B. sich ändernde demografische Strukturen, der akute und sich weiter verstärkende Fachkräftemangel, steigende Kosten, aber auch der rasante medizinische Fortschritt und sich wandelnde Gesundheitsbedürfnisse der Bevölkerung, die in Summe von den bestehenden ärztlichen Strukturen ohne erhebliche Veränderungen nicht mehr aufgefangen werden können.

Gerade der sich immer stärker bemerkbar machende Mangel an niederlassungsbereiten Ärztinnen und Ärzten führt zu erheblichen Problemen bei der Sicherstellung der ambulanten ärztlichen Versorgung. Es besteht ein Missverhältnis bzgl. der Anzahl der niederlassungsbereiten Ärztinnen und Ärzte und der Anzahl der in Rente gehenden Kolleginnen und Kollegen.
Zudem wird von den neuen Ärztinnen und Ärzten mehr Gewicht auf Vereinbarkeit von Beruf, Familie und Freizeit gelegt und der Wunsch nach mehr Anstellungsverhältnissen und Teilzeitarbeit geäußert. Es besteht außerdem häufig eine Diskrepanz bzgl. der Vorstellungen von Räumlichkeiten für eine Übernahme oder bei einer Neuniederlassung im Verhältnis zum Bestand der vorhandenen Praxen bzw. verfügbaren Räumlichkeiten.
Ebenso trägt der Mangel an medizinischem Fachpersonal zu der sich verschlechternden Gesamtsituation bei.
Das Warten darauf, dass die Kassenärztliche Vereinigung (KVBW) der Erfüllung ihres Versorgungsauftrags im notwendigen Umfang nachkommt, scheint in Anbetracht des landesweit bestehenden Mangels nicht zielführend und wäre kurzsichtig. Die Tatsache, dass mittlerweile mehr als 30 Hausarztsitze im Landkreis Böblingen unbesetzt sind, deutet vielmehr darauf hin, dass die KVBW alleine nicht in der Lage ist, diese Stellen zu besetzen. Auch das Ausrufen von Fördergebieten hat nicht den gewünschten Effekt auf die Schließung von bereits bestehenden Versorgungslücken.
Daher sollten die Kommunen und der Kreis selbst das Heft in die Hand nehmen und alle denkbaren Möglichkeiten und Maßnahmen prüfen, um die ambulante ärztliche Versorgung vor Ort zu verbessern bzw. zu sichern.

Vorgeschlagen wird deshalb von der Landkreisverwaltung die **Beauftragung einer sogenannten Versorgungsanalyse**, die durch einen externen Dienstleister erstellt wird.

Ziel dieser umfassenden Analyse ist zum einen die Schaffung einer fundierten Datengrundlage und deren sachgerechte Aufarbeitung, Verdichtung und Aufbereitung der gewonnenen Erkenntnisse.

Viel wichtiger für zukünftige Entscheidungen, Planungen und eventuelle Unterstützungsmaßnahmen durch den Kreis und die Kommunen sind jedoch die Handlungsempfehlungen, die auf Grundlage der gewonnenen Daten entwickelt werden und konkrete Lösungswege für die Sicherstellung der ambulanten, medizinischen Versorgung aufzeigen. Der große Mehrwert der Versorgungsanalyse liegt in der Erarbeitung eines konkreten Entwicklungspfads für die Kommunen bzw. den Landkreis, welche die nachhaltige Sicherstellung und Optimierung der ambulanten Versorgung in der Kommune zum Inhalt hat. Es wird eine umfassende Lösungsstrategie entwickelt mit der die ambulante haus- und fachärztliche Versorgung optimiert werden kann und aufgezeigt auf, welche Schritte dafür notwendig sind. Anders ausgedrückt: Es werden konkrete und praktikable Vorschläge entwickelt, wie die Konzeption bzw. die Handlungsempfehlungen umgesetzt werden können. Die Begleitung der Umsetzung erfolgt in der Regel durch das beauftragte Büro, das die hierfür erforderlichen Dienstleistungen auf Grundlage von ggfs. notwendigen Vereinbarungen auf Abruf zur Verfügung stellt, so dass das Vorhandensein der notwendigen Expertise im weiteren Prozess sichergestellt ist.

**Ausgangslage der hausärztlichen Versorgung im Kreis**

Aktuell sind alle drei hausärztlichen Planungsbereiche im Kreis Böblingen (Leonberg, Böblingen-Sindelfingen und Herrenberg) für Niederlassungen im hausärztlichen Bereich offen. Das bedeutet, dass neben Praxisübernahmen auch Neugründungen zugelassen sind. Einige Kommunen im Kreis wurden sogar schon als Fördergebiete durch die KVBW (ZuZ: Ziel und Zukunft | KVBW (kvbawue.de)) ausgewiesen. In solchen Fördergebieten erhalten Ärztinnen und Ärzte, die sich u.a. dort niederlassen wollen, bereits jetzt finanzielle Zuschüsse der KVBW.
Zu dem bereits existierenden Mangel kommt hinzu, dass gegenwärtig etwa ein Drittel der aktiven Hausärztinnen und Hausärzte im Landkreis über 60 Jahre alt sind. Das wird zukünftig zu mehr und ausgeprägteren Versorgungsengpässen führen. Die Prognose für die nächsten fünf Jahre lässt auf weitere Praxissaufgaben schließen, da oft die Nachfolge ungewiss ist.
Der jetzige Mangel hat direkte Auswirkungen auf die Bevölkerung und die stationäre Versorgung. Es kommt bereits jetzt zu Ausweichbewegungen in den stationären Bereich. Dies zeigt sich unter anderem in zu späten Behandlungen und vermehrten Notfällen.
Die hier genannten Herausforderungen unterstreichen die Dringlichkeit einer umfassenden Betrachtung und Analyse der Versorgungslandschaft und erfordern eine kritische Prüfung der bisherigen Ansätze und eine Suche nach umsetzbaren Lösungswegen.

## Bisher verfolgte Ansätze

In der Arbeitsgruppe "sektorenübergreifende Versorgung" der Kommunalen Gesundheitskonferenz (KGK) wurde die ambulante ärztliche Versorgung im Landkreis Böblingen ausführlich diskutiert. In dieser Arbeitsgruppe ist eine breite Palette an Schlüsselakteuren, darunter Vertreter der Ärzteschaft, des KVSW, der KVBW, Vertreter der Kreistagsfraktionen und der Kommunen, das Gesundheitsamt und Vertreter verschiedener anderer Institutionen, vertreten.

Die Teilnehmenden dieser Arbeitsgruppe haben sich bei den bisherigen Treffen mit der Identifizierung der Herausforderungen und Probleme der hausärztlichen Versorgung beschäftigt. Hierbei wurden mögliche Maßnahmen diskutiert und auch Lösungsansätze gesammelt. Es wurde jedoch deutlich, dass viele der identifizierten Herausforderungen nicht allein auf regionaler Ebene oder im Rahmen der Arbeitsgruppe der KGK lösbar sind. Insbesondere die langfristig notwendigen Veränderungen, wie Bürokratieabbau, Bedarfsplanung, Vergütung und Ausbildung, erfordern einen Ansatz auf anderer (Landes-/Bundes-) Ebene und können von den Akteuren im Kreis nicht direkt beeinflusst werden.
Die Arbeitsgruppe der KGK ist sich ebenso bewusst, dass weder die Teilnehmenden der KGK noch das Gesundheitsamt allein, eine tiefergehende Analyse und Betrachtung der ambulanten medizinischen Versorgung im Kreis, inklusive einer Bewertung der Zukunftsfähigkeit und konkreter Handlungsempfehlungen, erstellen kann.
Infolgedessen hat sich die Arbeitsgruppe auf die Entwicklung von Maßnahmen, die durch regionale Lösungsansätze oder Kooperationen realisierbar sind und kurzfristig eine Entlastung bei der ambulanten medizinischen Versorgung im Kreis bringen könnten, fokussiert. Dieser Ansatz wird auch in den nächsten Treffen weiterverfolgt und erarbeitet.

## Idee einer Versorgungsanalyse

Angesichts der oben beschriebenen Ausgangslage, den damit einhergehenden Herausforderungen und vor dem Hintergrund der begrenzten Wirksamkeit bisheriger Maßnahmen wird die Durchführung einer Versorgungsanalyse durch einen qualifizierten externen Dienstleister vorgeschlagen.
Ziel dieser Analyse ist es, die Gesamtsituation der hausärztlichen Versorgung bzw. der Versorgungsstrukturen im Landkreis zu betrachten und eine ganzheitliche Bewertung vorzunehmen. Die daraus resultierenden Erkenntnisse bilden die Grundlage für die Erarbeitung von konkreten Handlungsempfehlungen. Die Versorgungsanalyse wird somit nicht nur auf die Identifikation von Schwachstellen abzielen, sondern klare und bedarfsorientierte Strategien für eine nachhaltige Verbesserung der Gesundheitsversorgung im Landkreis entwickeln. Es werden – wie bereits oben beschrieben – konkrete Ideen für einen Veränderungsprozess in Bezug auf die zukünftige Struktur der haus- und fachärztlichen Versorgung ausgearbeitet. Im Rahmen dieses Prozesses müssen selbstverständlich die vorhandenen örtlichen Spezifika (lokale Besonderheiten) berücksichtigt werden, ebenso rechtliche und tatsächliche Zwangspunkte, die sich aus den Befragungen der relevanten Akteure in der Versorgungslandschaft ergeben haben.

Ohne die durch die Versorgungsanalyse gewonnenen Daten ist jedoch eine genaue und qualifizierte Bewertung der aktuellen Situation und die Erarbeitung von konkreten, umsetzbaren und praktikablen Handlungsempfehlungen nicht möglich. Nur eine solche Analyse erlaubt es, die Bedürfnisse der Ärzteschaft präziser zu verstehen, Engpässe und Potentiale zu identifizieren und fundierte Entscheidungen für zukünftige Investitionen und Maßnahmen zu treffen. Dabei ist es von entscheidender Bedeutung, die aktuellen Entwicklungen der Kliniklandschaft mit möglichen Campusmodellen angemessen zu berücksichtigen bzw. zu verzahnen und konzeptionell aufeinander abzustimmen. Damit wird eine Grundlage geschaffen, auf der konkrete Verbesserungen in der medizinischen Versorgung im Landkreis Böblingen realisiert werden können.

**Gründe für eine extern beauftragte Versorgungsanalyse**

Die Durchführung einer Versorgungsanalyse bietet die Möglichkeit, eine solide und **umfassende Datenbasis** zu schaffen. Nur durch fundierte Informationen können gezielte Entscheidungen getroffen werden, um die Gesundheitsversorgung im Landkreis Böblingen zu verbessern.

Bei der Versorgungsanalyse spielen auch die Daten der KVBW eine wichtige Rolle. Eine alleinige Betrachtung der Daten, die der KVBW vorliegen, genügt jedoch nicht und bleibt weit unter den Möglichkeiten, die eine Versorgungsanalyse bietet. Mit den Sekundärdaten der KVBW lässt sich bereits der Ist-Zustand nur ungenügend beschreiben, da diese zu wenig ins Detail gehen. Die auf Grundlage der Altersberechnungen basierenden Prognosen erlauben keine verlässlichen Hinweise auf eine mögliche, zukünftige Entwicklung. Die Datenerhebung für eine genaue und fundierte Betrachtung muss (deutlich) über die vorhandenen und verfügbaren Daten hinausgehen, um ein differenzierteres und dezidiertes Bild der Ärztelandschaft zu erhalten. Recherche und Gewinnung von zusätzlichen Daten erfolgt beispielsweise in Interviews mit den wichtigen Akteuren, insbesondere der Ärzteschaft, aber auch im Kontakt mit allen anderen wichtigen Akteuren der Gesundheitslandschaft. Wissenswert ist z.B. unter welchen Umständen eine Praxisübergabe, in welchem Zeithorizont möglich wäre oder gewünscht wird und welche Entwicklungspotentiale Praxisinhaber für sich sehen. So sollen insbesondere durch Interviews mit allen relevanten Akteuren, Ärzteschaft, KVSW, Gemeinden, usw., die Mitwirkungsbereitschaft, vorhandene Strukturen und Planungen, auch in Hinblick auf die Zukunftsfähigkeit, eruiert werden. Der eingesetzte Fragenkatalog wird auf die Zielgruppe und in Abstimmung mit Kommune/Landkreis und der Kreisärzteschaft erstellt, um einen bestmöglichen Erkenntnisgewinn zu garantieren.
Die Analyse ermöglicht die **Identifikation konkreter Engpässe** und Schwachstellen in der aktuellen und auch zukünftigen Gesundheitsversorgung. Dies ist unabdingbar, um gezielte Maßnahmen zu ergreifen, die darauf abzielen, bestehende Probleme zu lösen und die Versorgungsqualität zu steigern.

Eine Versorgungsanalyse ermöglicht eine **ganzheitliche Sichtweise** auf die Gesundheitssituation im gesamten Landkreis, was dazu beiträgt, gemeinsame Herausforderungen anzugehen und effektive Lösungen für eine flächendeckende Versorgung zu finden. Die Gesamtbetrachtung des Kreises und der kommunale Zusammenhalt sind von entscheidender Bedeutung. Nur so kann ein Flickenteppich an

Einzelmaßnahmen im Kreis verhindert werden, denen keine Gesamtstrategie zugrunde liegt.
Durch eine koordinierte Herangehensweise hingegen können einheitliche Standards und Richtlinien geschaffen werden, die eine kohärente und flächendeckende Gesundheitsversorgung zur Folge haben.

Der Einbezug des KVSW ist unabdingbar, um **Synergien zwischen ambulanter und stationärer Versorgung** zu schaffen. Die Weiterentwicklung der Kliniklandschaft mit Ambulantisierung, Umnutzung von Gebäuden und Gründung von Medizinischen Versorgungszentren im Klinikverbund muss miteingerechnet werden, wenn es um die Erarbeitung von Handlungsempfehlungen für den gesamten Kreis geht. Eine Versorgungsanalyse ermöglicht eine optimale Koordination beider Bereiche, was zu einer effektiveren Gesundheitsversorgung z.B. im Rahmen der Schaffung von interdisziplinären leistungsfähigen Dienstleistungsangeboten erreicht werden kann.

Außerdem können die Handlungsempfehlungen aus der Versorgungsanalyse zu **Synergien zwischen Nachbargemeinden** führen: Eine koordinierte Umsetzung auf Kreisebene ermöglicht es Ressourcen effizient zu nutzen und gemeinsame Herausforderungen zu bewältigen. Die Analyse und Empfehlungen werden den Kommunen zur Verfügung gestellt, sodass die Bedarfe und Eigenheiten der einzelnen Kommunen bewahrt bleiben und die Kommunen Entscheidungen auf dieser Grundlage treffen können.

Eine externe Expertise trägt dazu bei, eine **objektive und unvoreingenommene Bewertung** zu gewährleisten, die über die Möglichkeiten und die Ressourcen der kreisinternen Strukturen hinausgeht. Das Zusammentragen und Auswerten aller vorhandenen Daten und Schlussfolgerungen und Handlungsempfehlungen daraus, erfordern eine Expertise, die weder in der KGK, noch im LRA (Gesundheitsamt) oder dem Klinikverbund vorhanden ist.

Der daraus resultierende **Versorgungsbericht** muss sowohl auf Landkreis, als auch auf kommunaler Ebene differenziert ausgearbeitet sein und in den Gremien vorgestellt werden. Eine (langfristige) Planung für die Zukunft über die nächsten 5 Jahre und darüber hinaus muss ins Auge gefasst werden, damit die Kommunen informiert sind, ab wann sie sich auf Engpässe einstellen müssen und um rechtzeitig, mit entsprechendem Vorlauf dagegen arbeiten zu können. Eine Begleitung der Umsetzung der Maßnahmen auf Grundlage der Handlungsempfehlungen aus einer Hand ist dabei wichtig und wird deshalb von den für die Erarbeitung der Versorgungsanalyse in Frage kommenden externen Dienstleistern in der Regel auch angeboten, bzw. wird von der Landkreisverwaltung im Rahmen der Ausschreibung auch dezidiert abgefragt.

Dass die Durchführung einer Versorgungsanalyse notwendig und sinnvoll ist, zeigen auch Beispiele aus anderen Landkreisen, die diesen Schritt bereits gemacht haben, um gezielte Verbesserungen in ihrer Gesundheitsversorgung zu erzielen. Beispielsweise hat der Landkreis Breisgau-Hochschwarzwald auf Basis einer detaillierten Bedarfsanalyse zur ambulanten und stationären Versorgung, einschließlich der Notfallversorgung, ein zukunftsfestes sektorenübergreifendes Konzept entwickelt. Ein weiteres Beispiel findet sich im Landkreis Reutlingen, der auf Grundlage einer umfassenden Versorgungsanalyse einen

sektorenübergreifenden Primärversorgungsverbund ins Leben gerufen hat. Auf Basis eines datengeschützten Konzepts wurde dort das PORT- Gesundheitszentrum in Hohenstein sowie ein PORT-Zentrum in Hülben eröffnet.

**Fazit**

In Anbetracht der aktuellen Herausforderungen und Entwicklungen in der Gesundheitsversorgung des Landkreises ist eine gründliche und umfassende Versorgungsanalyse unumgänglich, um nachhaltige Lösungen und Verbesserungen zu ermöglichen.
Die Relevanz einer Versorgungsanalyse ist oben dargelegt worden. Sie dient als Wegweiser für zukünftiges Handeln, indem sie einen genauen Überblick über die bestehenden Stärken und Schwächen der Gesundheitsversorgung im Landkreis gibt. Nur durch ein fundiertes Verständnis der aktuellen Situation können auf den Kreis und die Kommunen zugeschnittene Handlungsempfehlungen bzw. eine Gesamtkonzeption erarbeitet, sowie effektive Lösungen entwickelt und Synergien genutzt werden.

Es ist somit eine Investition in die Zukunft, indem wir eine bedarfsgerechte, zeitnahe und qualitativ hochwertige medizinische Versorgung sicherstellen wollen.

Wir schlagen daher dem Gremium – wie in Ziffer 1 formuliert - vor, das Gesundheitsamt mit einer Ausschreibung der Versorgungsanalyse inkl. Herausarbeitung von Handlungsempfehlungen zu beauftragen.

Des Weiteren soll Herr Landrat Bernhard beauftragt werden, nach dem Ausschreibungsverfahren wegen der zeitlichen Friktion im Kontext mit den anstehenden Kommunalwahlen, die Zuschlagserteilung durch die Vergabestelle freizugeben (bis zum einem Höchstbetrag in Höhe von 300.000€ ) und im Nachhinein dem Gremium darüber zu berichten (vgl. Ziffer 2).

## IV. Klimarelevanz

1. Voreinschätzung der Auswirkungen auf den Klimaschutz:
   [ ] Positiv [ ] Negativ [X] keine

2. Prüfung der Auswirkungen auf den Klimaschutz (mittels Bewertungsblatt, siehe Anlage):
   [X] Nein [ ] Ja

   [ ] Positiv [ ] Negativ

**V. Finanzielle Auswirkungen**

Beauftragung der Versorgungsanalyse inkl. Herausarbeitung von Handlungsempfehlungen bis zu einem Höchstbetrag von 300.000 €
Eingestellt in den Haushaltsplan 2024, aktuell – wie vom Kreistag beschlossen - mit Sperrvermerk versehen.

Roland Bernhard